

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Kleinanzeigen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Der „Staatsanzeiger“ bringt folgenden Allerhöchsten Erlaß, den wir bereits gestern Abend durch ein Extrablatt unseren Lesern mitgeteilt haben:

Ich beauftrage das Staatsministerium, wegen Ausführung der Wahlen der Abgeordneten zum Landtage der Monarchie unverzüglich die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Es wird hierbei die Aufgabe Meiner Behörden sein, ebenso die gesetzlichen Vorschriften gewissenhaft zur Anwendung zu bringen, als auch den Wählern über die Grundsätze Meiner Regierung einen unzweideutigen Aufschluß zu geben und dem Einflusse von Verdächtigungen entgegenzutreten, welche die Unbefangenheit des öffentlichen Urtheils zu verwirren bezwecken, wie sich dies bei den letzten Wahlen gezeigt hat.

Ich halte unabänderlich fest an den Grundsätzen, welche Ich am 8. Novbr. 1858 dem Staatsministerium eröffnet und seitdem wiederholt vor dem Lande kundgegeben habe; sie werden, richtig aufgefaßt, auch ferner die Richtschnur Meiner Regierung bleiben. Aber die daran geknüpften irrtümlichen Auslegungen haben Verwickelungen erzeugt, deren glückliche Lösung die nächste Aufgabe Meiner gegenwärtigen Regierung ist.

In weiterer Ausführung der bestehenden Verfassung soll die Gesetzgebung und Verwaltung von freisinnigen Grundsätzen ausgehen. Es kann aber ein heilbringender Fortschritt nur gedacht werden, wenn man, nach besonnener und ruhiger Prüfung der Zeitlage, die wirklichen Bedürfnisse zu befriedigen und die lebensfähigen Elemente in den bestehenden Einrichtungen zu benutzen weiß. Dann werden die Reformen der Gesetzgebung einen wahrhaft konservativen Charakter tragen, während sie bei Ueberreilung und Ueberstürzung nur zerstörend wirken.

Es ist Meine Pflicht und Mein ernstester Wille, der von Mir beschworenen Verfassung und den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung zu sichern, in gleichem Maße aber auch die Rechte der Krone zu wahren und sie in der ungeschwächten Kraft zu erhalten, welche für Preußen zur Erfüllung seines Berufes notwendig ist und deren Schwächung dem Vaterlande zum Verderben gereichen würde. Diese Meine Ueberzeugung ist — Ich weiß es — auch in den Herzen Meiner Unterthanen lebendig, und es kommt nur darauf an, denselben Meine wahre Gesinnung für deren Wohl klar und offen darzulegen.

In Bezug auf Meine auswärtige und insbesondere Meine deutsche Politik halte Ich an dem bisherigen Standpunkte unverändert fest.

Das Staatsministerium hat dafür Sorge zu tragen, daß die vorstehend von Mir ausgesprochenen Grundsätze bei den bevorstehenden Wahlen zur Geltung gebracht werden. Dann darf Ich mit Zuversicht erwarten, daß alle Wähler, welche Mir und Meinem Hause in Treue anhängen, Meine Regierung in vereinigter Kraft unterstützen werden.

Ich beauftrage das Staatsministerium, hiernach die Behörden mit Anweisung zu versehen und allen Meinen Beamten ihre besondere Pflicht in Erinnerung zu bringen.

Berlin, 19. März 1862.

Wilhelm.

A. Prinz zu Hohenlohe, von der Heydt, von Roon.
Graf von Bernstorff, Graf von Spenplitz, von Mühler.
Graf zur Lippe, von Jagow.

An das Staatsministerium.

Berlin, 21. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem evangelischen Pfarrer Koch zu Rauff im Kreise Weipensee und dem Postverwalter Maylaender zu Halberstadt den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Kantor und Schullehrer Joseph Michael zu Sagan und dem Schullehrer Johann Wilhelm Schlupfoten zu Eberfeld das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Sekonde-Lieutenant in der Schlesischen Artillerie-Brigade Nr. 6 Mar Benno Robert Otto Kar Richter unter dem Namen „Richter von Steinbach“ in den Adelsstand zu erheben; den Kreisrichter Kellerhoff in Paderborn zum Kreisgerichts-Rath zu ernennen; und dem Rechtsanwalt und Notar Menne in Nieheim den Charakter als Justizrath; sowie dem Kreisgerichts-Sekretär Florian Gröger zu Neurode, im Regierungsbezirk Breslau, bei seinem fünfzigjährigen Dienstjubiläum, den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der technische Hülfsarbeiter bei der Regierung zu Magdeburg, königliche Landbaumeister Koslowski, ist zum königlichen Bauinspektor ernannt und demselben die Wasserbauinspektor-Stelle zu Genthin verliehen worden.

Angekommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant und Kommandeur der 14. Division, Graf von Mouts, von Düsseldorf; Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath und Ober-Zägermeister Graf von der Alleeburg-Kalkenstein, von Weiskopf; Se. Excellenz der General-Lieutenant und Kommandant von Danzig, von Bockel, von Danzig; der General-Major und Kommandeur der 6. Infanterie-Brigade, Freiherr Goyer von Lobenstein, von Stettin; der Erb-Truchseß im Herzogthum Magdeburg, von Kroppitz, von Poppel.

Abgereist: Der Zerimonienmeister und Kammerherr Freiherr Hugo von Zedlitz-Neukirch, nach Tiefhartmannsdorf.

Bei der heute beendigten Ziehung der 3. Klasse 125. Königl. Klassenlotterie fiel der Hauptgewinn von 15,000 Thlr. auf Nr. 41,190. 1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 36,777. 2 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 44,081 und 55,724. 2 Gewinne zu 300 Thlr. auf Nr. 23,528 und 46,961, und 9 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 5865, 9731, 15,618, 16,496, 18,743, 26,740, 45,774, 64,325 und 71,223.

Berlin, den 20. März 1862.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Donnerstag 20. März. Ein bei der hiesigen griechischen Gesandtschaft eingetroffenes Telegramm meldet aus Athen vom 15. d., daß alle Verschanzungen Nauplia durch die königlichen Truppen genommen seien und alle Kano-

nen sich in den Händen der königlichen befänden. Der Aufstand Nauplia's sei somit als beendet anzusehen. In Syra sei die Ordnung wiederhergestellt.

Wien, Donnerstag 20. März, Abends. Graf Wallmoden ist heute gestorben.

Ragusa, Donnerstag 20. März. Nachdem im Kampfe am 17. d. 800 Insurgenten zurückgeworfen worden sind, ist Dertwisch Pascha bis zur montenegrinischen Grenze vorgebrungen. Albanisch Kremitza hat sich unterworfen. Von Seiten der Montenegriner werden große Vorbereitungen getroffen.

Petersburg, Donnerstag 20. März. Das „Journal de St. Petersbourg“ veröffentlicht die Antwort des amerikanischen Ministers Seward an den Gesandten Rußlands in Washington, Staatsrath v. Stöckel. Er dankt Rußland für die erteilten Rathschläge und hofft sie in Uebereinstimmung mit dem Volke befolgen zu können. Er hofft ferner, daß wenn der Krieg durch Wiederherstellung der vollen und dauernden Union auf den alten, der Humanität angepaßten konstitutionellen Grundlagen beendet sein werde, man die Treue, die Beständigkeit und die Klugheit des Kaisers bewundern werde.

(Eingeg. 21. März 9 Uhr Vormittags.)

A. Posen, 21. März.

Bekanntlich ist das heutige Posen von Deutschen gegründet. Schon vor 600 Jahren waren die Bürgermeister und Stadträthe sämtlich Deutsche. Sie verwalteten die öffentlichen Angelegenheiten und die Rechtspflege, die damals noch von den Stadtbehörden gehandhabt wurde, nach allem deutschen Rechte und Herkommen in deutscher Sprache. Die Stiftungsurkunde der Schützengilde ist vor 6 Jahrhunderten von dem Bürgermeister und Räten der Stadt Posen in deutscher Sprache ausgesetzt. Ebenso viele andere ältere Urkunden der Stadt. Deutscher Fleiß und deutsche Arbeit hat Posen gegründet, ihm vor Allem verdankt es seine Wiederaufstehung im 18. Jahrhundert aus den Trümmern der polnischen Bürgerkriege, so wie seinen jetzigen Aufschwung. Wenn schon der Zahl nach, die Militärbevölkerung nicht eingerechnet, die deutsche Nationalität in Posen heute wieder wie ehemals sehr überwiegt, so ist dies in noch viel höherem Maße vermöge ihres Grundbesitzes und Vermögens, ihrer Steuerkraft und ihres wirklichen Beitrags zu den Einrichtungen und Bedürfnissen des Staates, der Provinz und der Stadtgemeinde der Fall. Der deutschen Bürgerschaft Posens wird Niemand heute mehr weder das Recht noch die Pflicht bestreiten, die öffentlichen Angelegenheiten der Stadt zu leiten. Sie allein hat das entscheidende Wort zu sprechen, und von ihrer Einsicht, ihrem Patriotismus und ihrer Willenskraft hängt es ab, ob die Stadt gut oder schlecht verwaltet wird, ob wir vorwärts oder rückwärts gehen, ob Posen eine Stätte deutschen Lebens und Gedeihens sein, oder ob hier ferner ein Heerd politischer, sprachlicher und literarischer Zerwürfnisse geduldet werden soll. Wenn Posen ungeachtet seiner günstigen Lage an Wohlstand und Bevölkerung nicht in dem Maße wie andere deutsche Städte zugenommen hat, so sind die deutschen Bürger insofern nicht frei von Schuld, als sie ihrer Rechte und Pflichten bisher nicht genügend bewußt geworden sind, oder sie doch nicht entschieden genug betheiliget haben. Auf Grund der vorjährigen Volkszählung und der neuen Steuerveranlagung werden jetzt vom Magistrat die Urwahlbezirke und die Wählerlisten für Posen neu aufgestellt. Die bevorstehenden Wahlen werden darthun, ob unsere deutschen Mitbürger in der Stadt und Provinz das leidige Parteiwesen, das so oft nur auf leere Phrasen und modische Stichworte hinausläuft, abgethan und dafür an praktischer Politik, an gereifter Erfahrung und an Einsicht von dem, was uns Noth thut, worin hier die Aufgabe der Deutschen besteht, gewonnen haben. Nur wenn die deutschen Bürger ohne Rücksicht auf Stand und Konfession treu und fest zu einander halten und an Preußen und Deutschland eng sich anschließen, wird die Zukunft der Stadt und der Provinz Posen auch ferner legenbringend sein. Mögen einzelne polnische Edelleute und Ultramontane von ihrem egoistischen Standpunkte aus das Aufstreben des deutschen Bürgerthums unwillig ertragen; ihre Zahl kommt wenig in Betracht. Ihr Widerstand trägt nur dazu bei, die deutsche Bevölkerung anzuspornen, die ihr von Gott und Rechtswegen gebührende Geltung zum Besten der Gesamtheit sich zu verschaffen. Was jene heute noch an Einfluß besitzen, verdanken sie größtentheils dem Gelingen und Einrichtungen Preußens. Sie mögen auf Frankreich hinblicken, wo das Rad der Geschichte über ihresgleichen zermalmend gegangen ist.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 20. März. [Der Allerhöchste Erlaß; kein Beamtenwechsel; der Handelsvertrag mit Frankreich.] Der heute im „Staatsanzeiger“ veröffentlichte Erlaß des Königs an das Staatsministerium (s. o.) drückt die Grundsätze, auf denen nach dem Willen des Monarchen die Wirksamkeit des neuen Kabinetts fußen soll, in sehr bestimmten und ich darf wohl hinzufügen: in einer für das Land beruhigenden Weise aus. Die Erklärung, daß der König entschlossen ist, der beschworenen Verfassung ihre volle Geltung zu sichern, scheint bestimmt, die Besorgnisse vor Staatsstreichen, Otkroyungen und dergleichen abzuschneiden, Besorgnisse, welche allerdings in besonnenen, den Charakter unseres Landesberrn richtig würdigende Kreise überhaupt nicht Eingang finden konnten. Aber auch den Rechten der Landes-

vertretung wird die „volle Geltung“ zugesichert und die Verheißung hinzugefügt, daß in weiterer Ausführung der Verfassung die Gesetzgebung und Verwaltung von freisinnigen Grundsätzen ausgehen soll. Das genügt wohl, um zu beweisen, daß, wenigstens nach den königlichen Intentionen weder von einer Herabdrückung der Landesvertretung, noch von einer Umkehr oder auch nur von einem Stillstande auf der Reformbahn die Rede sein soll. Der Hinweis auf die in der Ansprache vom 8. November 1858 kundgegebenen Grundsätze dient überdies zur befriedigenden Erläuterung des dargelegten Programmes. Man darf annehmen, daß der allerhöchste Erlaß im Allgemeinen einen günstigen Eindruck machen, aber allerdings auch den Wunsch hervorrufen wird, daß die Minister sich die aufrichtige und vollständige Durchführung der königlichen Absichten zur ersten Pflicht machen mögen. Sehr wichtig ist auch die Stelle, welche das Beharren bei der bisher befolgten auswärtigen Politik verkündet. Gewiß hatte man sich im Würzburger Lager und in Kassel Hoffnungen auf einen Systemwechsel gemacht, der den großdeutschen und reaktionären Interessen Vorschub leisten sollte. Das klare und bündige Wort Königs Wilhelm giebt diesen Hoffnungen den Gnadenstoß. Von einem Personalwechsel in den höheren Verwaltungsstellen, wie ein solcher sich gewöhnlich an eine Ministerkrise anzuschließen pflegt, ist bis jetzt nicht die Rede. Wie verlautet, ist es der Wunsch des Monarchen, daß auch durch die Stetigkeit der höheren Beamtenpositionen den Besorgnissen vor einem Systemwechsel vorgebeugt werde. — Schon früher habe ich Ihnen angedeutet, daß selbst die Anschlußverweigerung einzelner Zollvereinsstaaten nicht die Ausführung des Handelsvertrages zwischen Preußen und Frankreich verhindern, sondern eine Auflösung des Zollvereins zur Folge haben würde. Wie ich erfahre, ist in der getroffenen Vereinbarung die Bestimmung enthalten, daß bei etwa mangelnder Zustimmung von Seiten aller Zollvereinsstaaten, der Vertrag jedenfalls für Preußen und Frankreich vom 1. Januar 1866 (Endtermin der Zollvereinsverträge) in Kraft treten soll.

[Berlin, 20. März. (Vom Hofe; Tagesnachrichten.)] Se. Majestät der König besichtigte heute Morgens 9 Uhr auf dem Kaiserhofe des Küstlerbataillons des 2. Garderegiments zu Fuß die ersten Kompagnien der 4. Garde-Infanterieregimenter und des Garde-Schützenbataillons und waren dabei auch der Kronprinz, die Prinzen Karl, Friedrich Karl, der Prinz August von Württemberg, der General-Feldmarschall v. Wrangel, die Generalität und viele Stabsoffiziere anwesend. Nach beendeter Besichtigung arbeitete der König mit dem Minister v. Roon und den Adjutanten v. Mvensleben und v. Mantuffel, empfing darauf den Staatsminister a. D. Grafen Pückler und hatte später, im Beisein des Kronprinzen eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten, Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen und dem Minister Grafen Bernstorff. Um 1 Uhr fuhren die Majestäten und die Prinzen und Prinzessinnen ins k. Schloss und beglückwünschten den Prinzen Friedrich Karl zur Feier seines Geburtsfestes. — Bei dem Kronprinzen war gestern Tafel. Heute Nachmittags empfing Se. k. Hoheit mehrere mecklenburgische Offiziere, welche hier den Kompagnievorstellungen beizuwohnen. Am Sonnabend wird am Hofe das Geburtsfest des Königs in gewohnter Weise gefeiert. Zuerst nimmt der König die Gratulation der Obersten, Ober- und Hofchargen und der sämtlichen Hofstaaten entgegen; darauf bringen die Mitglieder der königl. Familie ihre Glückwünsche dar. Um 11 1/2 Uhr findet vor dem Könige die 2. Frühjahrsparade statt und nach derselben werden die hier anwesenden fürstlichen Personen, die Minister, die Generalität, das diplomatische Korps etc. zur Gratulation empfangen. Um 5 Uhr ist zur Feier des Tages Familienafel. Abends 8 1/2 Uhr ist bei der Königin Soirée, zu welcher über 300 Personen geladen sind. Aufgeführt wird in derselben von den Mitgliedern der Hofbühne Frau. Pellet und den Herren Liede und Kasper das Lustspiel: „Ein Arzt“, und von der Signora Nistori etc. die italienische Komödie: „I gelosi fortunati“, und Frau. Desirée Artot trägt Nummern aus Rigoletto und dem Liebestraut vor. Die Dauer der Soirée ist auf 1 Uhr festgesetzt. — Der Minister Graf Bernstorff hat zu dem Festmahl, welches er am Sonnabend zur Feier des Geburtsfestes des Königs giebt, die Mitglieder des diplomatischen Korps und die Räte seines Ressorts geladen. Am 25. d. M. speisen bei dem Grafen der Ministerpräsident Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen und die sämtlichen Minister, sowie auch noch andere distinguirte Personen, hier anwesende k. Gesandten etc. Der Staatsminister a. D. v. Patow ist heute Abend mit seiner Gemahlin nach Frankfurt a. M. abgereist, wo sein Schwiegervater, der Senator v. Grünrode, bedenklich erkrankt ist. — Von dem in Bonn garnisontrenden Regiment „Königs Husaren“ ist zur Theilnahme an der Geburtsfestfeier des Königs eine Deputation hier angekommen. — Heute wurde hier das Haus, Hansvogelplatz 1, Café corso, dem Fabrikanten Steffen gehörig, für 95,000 Thaler an den Kaufmann Lewien verkauft.

C. S. Berlin, 20. März. [Aenderung der Ressortverhältnisse.] Man spricht von einer Umgestaltung der Ressortverhältnisse in verschiedenen Ministerien. So sollen die Angelegenheiten, welche auf die Grundsteuer und die Verwaltung der Domänen Bezug haben, vom Finanzministerium auf dasjenige für landwirthschaftliche Angelegenheiten (Graf Spenplitz), dagegen die Eisenbahnangelegenheiten vom Handelsministerium abgewandt und auf das Finanzministerium übergehen.

— [Se. k. H. der Kronprinz] machte gestern dem Grafen Schwerin einen Besuch, welcher länger als eine Stunde währte.

— [Das Programm des neuen Ministeriums.] Die ministerielle „Allg. W. Ztg.“ enthält einen Leitartikel über die jüngste Krisis, dessen hauptsächlichsten Inhalt wir bereits gestern nach einer uns zugegangenen telegraphischen Depesche mitgeteilt

haben. Bei der Bedeutung des Artikels lassen wir heute noch den Wortlaut desselben folgen. Das offiziöse Blatt schreibt:

Der „Staatsanzeiger“ hat dem Lande die Kunde gebracht, daß eine theilweise Umgestaltung des Staatsministeriums eingetreten ist. Auf einen solchen Personenwechsel war die öffentliche Meinung schon seit mehreren Tagen vorbereitet; aber je mehr die Parteilichkeit sich befeuert hat, mit einseitigem Urtheile dem Ereigniß voranzueilen, um so dringender ist es Pflicht, die Bedeutung und Tragweite des Vorganges nach allen Seiten hin unbefangenen festzustellen. Die königliche Entscheidung, welche dem Ministerium eine veränderte Zusammensetzung gab, war, wie die jüngste Kammerrückbildung, ein Akt, dessen Erklärung man nicht in sachlichen oder persönlichen Einzelgründen suchen darf, sondern ein Akt tiefster Nothwendigkeit, die sich aus der allgemeinen politischen Lage, wie sie durch die jüngsten Abgeordnetenwahlen herbeigeführt worden, mit unverkennbarer Deutlichkeit herausstellte. Wir haben nicht die Absicht, hier die ungünstige Zusammenfügung und die beklagenswerthe Haltung des jüngsten Abgeordnetenhauses näher zu erörtern, aber wir müssen offen die Ueberzeugung aussprechen, daß die Kammer gewissermaßen mit der Bestimmung geboren war, ein Zermürbungsmittel mit der Regierung hervorzurufen, und daß sie mit erstaunlichem Eifer sich der Aufgabe gewidmet hat, die Unmöglichkeit eines gedeihlichen Fortschritts auf der bisher verfolgten Bahn jedem Unbefangenen zur klarsten Erkenntnis zu bringen. Schon aus den Wahlvorgängen konnte man auf die Bestimmung und Richtung des neuen Abgeordnetenhauses schließen. Offenbar hat sich doch in der Masse der Wählerkreise alle Zeichen einer unheilvollen Verblendung, welche die Aussicht auf ein besonnenes Zusammenwirken mit der Regierung für die wichtigsten Angelegenheiten des Landes von vorn herein ausschloß: leidenschaftliche Empfänglichkeit für alle Kundgebungen, welche ohne Rücksicht auf rechtliches Bedenken und thatsächliche Schwierigkeiten augenblicklich unerreichbare Ziele oder praktisch unausführbare Ideale in den Vordergrund der Tagespolitik stellten; merkwürdige Bevorzugung der Männer, deren politisches Programm, von allen Ueberlieferungen des monarchischen Preußens absehend, an die Bewegung der Jahre 1848 und 1849 anzuknüpfen suchte, dagegen mißtrauische Voreingenommenheit gegen die Freunde der Regierung, selbst wenn denselben nicht nur gediegene Sachkenntnis und praktische Erfahrung, sondern auch allgemein anerkannte Verdienste um die Entwicklung unseres Verfassungslebens zur Seite standen, endlich der wie nach übereinstimmender Parole organisierte Widerspruch gegen die bereits eingeleitete Heeresreform, welche von der Weisheit des Monarchen, in Uebereinstimmung mit allen seinen Räten und mit den urtheilsfähigsten Sachmännern, als die unerlässliche Bedingung für die Wachsstellung Preußens erkannt worden war. Unter solchen Auspizien kam das Abgeordnetenhaus zu Stande, und es mußte dem Fluch seiner Geburt erliegen. Alles, was die Kammer an Intelligenz und Vaterlandsliebe, was sie (freilich in sehr bescheidenem Maße) an politischer Einsicht und staatsmännischer Besonnenheit besaß, konnte ihren angeborenen Mängeln nicht das Gegengewicht halten. Schon ihre Zersplitterung in zahlreiche Parteilgruppen, die fast bei keiner wichtigen Frage der inneren oder äußeren Politik zur prinzipiellen Uebereinstimmung gelangen konnten, bewies deutlich genug, daß sie nicht zu fruchtbringenden Schöpfungen, sondern nur zum Verneinen und Bernichten die Kraft hatte. Vergebens war daher das veröhnliche Entgegenkommen der Minister, vergebens war die Vorlage einer Reihe von Gesetzentwürfen, durch welche allen Unbefangenen die Gewissheit gegeben werden sollte, daß es der Regierung Sr. Majestät mit dem Ausbau der Verfassung auf der Bahn organischer Entwicklung und mit der Förderung des Fortschritts im Anschluß an die positiven Bedürfnisse des Landes aufrichtiger Ernst sei. Die Haltung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gegen die Räte der Krone (auch besser gesinnte Elemente ließen sich von der Fortschrittspartei fortziehen) war die des systematischen Mißtrauens und schien ganz das Bewußtsein verloren zu haben, daß zu jedem Akte der legislativen Thätigkeit die Uebereinstimmung der Regierung mit den Beschlüssen der Landesvertretung erforderlich ist. So griff sie auch von vorn herein in das Gebiet der auswärtigen Politik hinüber, erging sich in leidenschaftlichen Debatten und nahm den Anlauf zu Resolutionen, welche den wohl erwogenen Bestrebungen der Regierung nur Schwierigkeiten bereiten konnten. Die Erörterung der Finanzfragen schien einer geistlichen Verzögerung anheimzufallen, und man mußte mehr und mehr der Vermuthung Raum geben, daß die Opposition gegen die Heeresvorlagen vielmehr auf andere allgemein politische Beweggründe von weittragender Bedeutung sich stütze, als auf die spezifischen, aus gewissenhafter Beurtheilung der Sache selbst hergeleiteten Bedenken. Die Beschwerden über angeblich erdrückende Steuerlasten, die Hinbeurteilungen auf vermeintliche Erschöpfung der Landeskräfte schienen bereit, auf ein ausgetheiltes Losungswort zu verstummen, wenn die Regierung Sr. Majestät sich willig finden ließe, den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses in der auswärtigen wie der inneren Politik, in der Handhabung der Verwaltung, wie in der Gesetzgebung, in der Zusammenfügung des Ministerrathes, wie in der Umgestaltung des Herrenhauses, einen entscheidenden Einfluß einzuräumen, d. h. die Fülle der Gewalt von der Krone auf das Abgeordnetenhaus zu übertragen. Als der Kammermehrheit kein Zweifel mehr darüber blieb, daß die Regierung auf ein solches Ansinnen nicht eingehen werde, da war der Krieg gegen das Ministerium beschlossen, und der Hagen'sche Antrag bot den willkommenen Anlaß zur Eröffnung der Feindseligkeiten. Ueber den praktischen Werth des Antrages selbst brauchen wir hier kein Wort mehr zu verlieren. Nur das steht thatsächlich fest, daß nicht die Regierung den Konflikt gesucht hat, da Herr v. Patow prinzipiell die wichtigsten Zugeständnisse machte und nur die praktischen Bedenken gegen die unmittelbare Durchführung des vorgeschlagenen Verfahrens zur Rücksichtnahme empfahl. Wenn trotz alledem die Mehrheit für den Oppositionsantrag stimmte, so war das eben für jeden geübten politischen Blick ein unverkennbares Zeichen, daß die Kammer mit der Regierung brechen wollte, und die Minister waren, als der Monarch ihrem gemeinsamen Entlassungsgesuche keine Folge gab, es der Würde der Krone, ihrem eigenen Ansehen und der Achtung vor den parlamentarischen Institutionen des Landes schuldig, eine so geardete und so arbeitende Kammer aufzulösen. So war die Regierung in die Nothwendigkeit gedrängt worden, an die Einsicht und die Vaterlandsliebe der Wähler zu appelliren. Wenn aber auf einen günstigen, den gemeinsamen Interessen der Krone und des Landes ent-

sprechenden Ausfall der Wahlen gerechnet werden sollte, so mußte jener Agitation des planlosen Fortschritts, welche die jüngsten Wahlen beherrschte, ein Halt zugerufen, so mußte jeder Zweifel über die eigentlichen Absichten der Regierung Sr. Majestät gehoben, so mußte vor Allem dem vielfach benutzten Manöver entgegengewirkt werden, welches sich auf die Insinuation stützte, daß die Opposition nur gegen einzelne Minister gerichtet sei und im Rathe der Krone selbst Unterstützung fände. Die Aufgabe des gegenwärtigen Kabinetts wird es sein, der öffentlichen Meinung über alle diese Punkte volle Klarheit zu geben. Sie wird zu betonen haben, daß es, wie bei dem jüngsten Konflikt mit dem Abgeordnetenhaus, so bei den nächsten Wahlen sich nicht um Einzel-Angelegenheiten von mehr oder minder untergeordneter Bedeutung, sondern um die hochwichtige Frage handelt, ob die Macht der Regierung bei der Krone, welcher sie durch die monarchischen Ueberlieferungen, wie durch die Verfassungsurkunde des preussischen Staates angehört, bleiben oder ob sie dem Abgeordnetenhaus zufallen soll. Wir sind keinen Augenblick in Zweifel über die Beantwortung der Frage, wenn sie den Wählern so gestellt wird. Gegen die Bejahung der letzteren Frage protestirt mit dem Wortlaut und Geiste unserer ganzen Verfassung jedes der vaterländischen Gesichte bewußte monarchische Gefühl des preussischen Volkes. Das Programm des neugebildeten Ministeriums kann und wird kein anderes sein, als das in der denkwürdigen Ansprache niedergelegt, welche Sr. Majestät am 8. Nov. 1858, als Regent an seine obersten Räte gerichtet hat. Wir lassen die allgemeinen Sätze jener Ansprache hier folgen: „Wenn ich mich jetzt entschließen konnte, einen Wechsel in den Räten der Krone eintreten zu lassen, so geschah es, weil ich bei allen von mir erwählten dieselbe Ansicht traf, welche die Meinung ist: daß nämlich von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmermehr die Rede sein soll. Es soll nur die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeigt. Sie Alle erkennen es an, daß das Wohl der Krone und des Landes unzertrennlich ist, daß die Wohlfahrt beider auf gesunden, kräftigen, konservativen Grundlagen beruht. Diese Bedürfnisse richtig zu erkennen, zu erwägen und ins Leben zu rufen, das ist das Geheimniß der Staatsweisheit, wobei von allen Extremen sich fern zu halten ist. Unsere Aufgabe wird in dieser Beziehung keine leichte sein, denn im öffentlichen Leben zeigt sich seit Kurzem eine Bewegung, die, wenn sie theilweise erklärlich ist, doch andererseits bereits Spuren von abfichtlich überspannten Ideen zeigt, denen durch unser eben so besonnenes als gezieltes und selbst energisches Handeln entgegengetreten werden muß. Versprochenes muß man treu halten, ohne sich der besseren Hand dabei zu entschlagen, Nicht-Versprochenes muß man muthig verhindern. Vor Allem warne ich vor der stereotypen Phrase, daß die Regierung sich fort und fort treiben lassen müsse, liberale Ideen zu entwickeln, weil sie sonst von selbst Bahn brächen. Gerade hierauf bezieht sich, was ich vorhin Staatsweisheit nannte. Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrheit, Gerechtigkeit und Konsequenz ausspricht, so ist ein Gouvernement stark, weil es ein reines Gewissen hat, und mit diesem hat man ein Recht, allem Bösen kräftig zu widerstehen.“ Auf den hier so offen und bestimmt umgebenen Grundsätzen steht die Regierung Sr. Majestät nach wie vor. Das Programm entspricht den preussischen Traditionen, unter denen unser Vaterland groß, mächtig und frei geworden ist; es entspricht den gesammten Interessen des preussischen Volkes, welches den königlichen Worten mit Begeisterung zugehört hat; es wird auch, soortan jeder gesunden Entwicklung, jeder besonnenen und dauerhaften Reform den Weg ebnen. Was vor etwa drei Jahren als ein Segen für das Land begrüßt wurde, das darf kein echter Patriot jetzt anfeinden lassen. Das preussische Volk wird nicht dulden, daß das Vertrauen des Königs zum Lande als eine Waffe gegen das Königthum benutzt werde; das preussische Volk wird sich zur rechten Stunde erinnern, daß die Fahne des Fortschritts bisher von seinem hochherzigen König vorangetragen wurde, und es wird jedem anderen Banner mit ähnlicher Aufschrift die Nachfolge verlagern.

— [Ueber die Stellung der preussischen Regierung zur kurhessischen Frage] bringt die ministerielle „A. P. Z.“ folgenden offiziellen Artikel: Eine Hamburger Korrespondenz der „Allg. Berliner Zeitung“ über den gegenwärtigen Stand der kurhessischen Frage, spricht die Beforgnis aus, daß nach dem Inhalt des gemeinsamen am Bunde eingereichten Antrags Preußen es dem Kurfürsten zu überlassen scheine, eventuell auch nach dem Wahlgesetz von 1860 eine Ständeverammlung behufs der Wiederherstellung der Verfassung von 1831 zu berufen. Diese Ansicht erscheint jedoch keineswegs durch die in dieser Frage von der preussischen Regierung eingenommene Stellung gerechtfertigt. Sie wird vielmehr schon widerlegt durch die von dem Grafen Bernstorff in dem Hause der Abgeordneten abgegebene ausdrückliche Erklärung, daß er als offene Frage die Entscheidung zwischen dem Wahlgesetz von 1831 und 1849 ansehe, wonach das Wahlgesetz von 1860 also gar nicht in Betracht kommen kann. Der gemeinsame Antrag am Bunde ferner verlangt einfach die Wiederherstellung der Verfassung von 1831, und als Motiv dafür wird angeführt, daß die Verfassungen von 1862 und 1860 nicht zu dem gewünschten Ziel der Einigung geführt hätten. Es ist also hier ausdrücklich die Basis von 1860 verworfen, wenn nicht schon die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 die Beibehaltung eines Theiles der Verfassung von 1860, hier des Wahlgesetzes, selbstverständlich ausschloße. In welchem Sinne Preußen die ganze Wahlgesetzfrage als eine offene betrachtet, geht endlich zur Genüge aus dem bereits an die Öffentlichkeit gelangten Depeschenwechsel mit Wien vom vorigen Sommer hervor, in welchem sich ausgesprochen findet, daß wenn die kurfürstliche Regierung sich entschließen sollte, mit den Ständen von 1831 eine neue Gestaltung zu vereinbaren das Berliner Kabinet kein Bedenken dagegen haben und auch glauben würde, daß das Land darin eine genügende Anknüpfung an das alte Recht erblicken könne und werde. Auf der anderen Seite aber glaube die preussische Regierung, daß bei einer Berufung der Stände nach dem Wahlgesetz von 1849 der Bundestag durch die 1852 ausgesprochene Mißbilligung dieses Gesetzes nicht veranlaßt sein würde, Einspruch zu erheben. Vielmehr wünsche sie die Wahl zwischen dem Wahlgesetz von 1831 und 1849 als eine offene zu behandeln, die der Entscheidung der kurfürstlichen Regierung und der Einigung mit den Ständen zu überlassen sei. Für die preussische Regierung wie für das hessische Land sei die rechtliche Seite der Frage, eben diese Vereinbarung mit den berechtigten Ständen, die

Hauptsache. Von dem Wahlgesetz von 1860 ist demnach nirgend die Rede, und es findet sich von vorn herein von jeder Kombination ausgeschlossen.

— [Von der ostasiatischen Expedition.] Nachrichten zufolge, welche der „Osteztg.“ vom Bord der „Elbe“ zugegangen sind, hatte die „Elbe“ am 11. Januar Singapore verlassen und war nach fünftägiger glücklicher Fahrt am 16. Januar Morgens auf der Rhede von Anjer angelangt, von wo sie am 21. Januar nach Europa weiter gefegelt ist.

Königsberg, 19. März. [Von der Universität.] Einer der letzten Akte des Kultusministers v. Bethmann war die Zustimmung zu der fast einstimmig von dem concilio generale beantragten Umänderung der Statutenbestimmung über Nichtzulassung von Juden und Katholiken zu Universitätslehrern. Der dem Könige nunmehr zu unterbreitenden Genehmigung geht eine Revision der Universitätsstatuten vorher.

Oesterreich. Wien, 18. März. [Eine Interpellation im Herrenhause.] Die „Presse“ brachte vor etwa 14 Tagen einen geharnischten Artikel gegen das Verhalten, welches sich ein Theil des hohen Klerus, namentlich aber der Kardinal Fürst Schwarzenberg in Prag und die Bischöfe seiner Erzdiözese bei der Feier des Verfassungsfestes am 26. Februar zu Schulden kommen ließen. Es wurde in diesem Artikel betont, daß dieselben Bischöfe, welche bei der fraglichen Feier so entschieden gegen das Februarpatent Front machten und in ihrem Rundschreiben mit einer Art sittlichen Entrüstung das Ansinnen einer Betheiligung an dem Feste zurückwiesen, früher selbst den Eid auf die Verfassung geleistet und vermöge derselben ihre Stellung in den Landtagen und im Herrenhause eingenommen haben, daß sie also ihrem eigenen Worte und Eide untreu geworden seien, wenn sie die Februarverfassung negiren. Ferner wurde hervorgehoben, daß die bischöflichen Rundschreiben, die sich gegen eine Feier der Februarverfassung aussprachen, dieser Auffassung meistens in einer so leidenschaftlichen Weise Ausdruck gaben, daß ein gerichtliches Verfahren gegen dieselben wegen Beleidigung der Regierungsorgane und wegen Aufmunterung zur Bekämpfung der Verfassung wohl am Plage sein dürfte. Ueberhaupt wurde das Verhalten der Klerikalen zu der Verfassung einer strengen Kritik unterzogen und das Ministerium darüber getadelt, daß es sich von dieser Seite jede Art von Opposition gefallen lasse, während es nach einer andern Richtung hin eine durch nichts zu rechtfertigende Empfindlichkeit zeige. Dieser Aufsatz des viel gelestenen Journals erregte gleich nach seinem Erscheinen einiges Aufsehen und es verlautete damals, man habe von betheiligter Seite an die Regierung die Insinuation gestellt, wegen des fraglichen Artikels eine gerichtliche Verfolgung der „Presse“ einzuleiten; ein Ansuchen, dem, wenn es überhaupt gestellt wurde, von Seite der Staatsbehörde noch nicht nachgekommen worden ist. Heute wurde dieser Artikel Gegenstand einer Verhandlung im Reichsrathe; es richtete nämlich im Herrenhause die spezifisch-feudale Partei desselben eine Interpellation an den Polizeiminister, um denselben zu fragen, welche Maßregeln wegen dem fraglichen Aufsatze gegen die „Presse“ eingelegt worden seien. Diese Interpellation, deren Beantwortung auf einen der nächsten Sitzungstage vom Ministerium versprochen wurde, ist von tief eingreifender prinzipieller Bedeutung. Sie nöthigt das Ministerium, in irgend einer klar ausgesprochenen Weise der Feudalpartei gegenüber Position zu nehmen, und klärt somit die Beziehungen des Kabinetts zu einer Partei, welche bei uns trotz ihrer entschieden oppositionellen Haltung doch immer eine halb und halb gouvernementale Färbung zu behaupten und dadurch an höchster Stelle irre zu führen wußte. Namentlich wird die Haltung des hohen Klerus dadurch eine bestimmter charakterisirt werden; bisher agierte derselbe zwar in jeder Weise gegen die Verfassung, suchte aber äußerlich den Schein eines guten Einvernehmens mit der Regierungswelt zu wahren. Bezeichnend ist es, daß sich unsere Junker an den Polizeiminister und nicht, wie es sich eigentlich gehört hätte, an den Vertreter des Justizministers gewendet haben. Eine einfache gerichtliche Behandlung der Frage durch die Staatsanwaltschaft schien den edlen Herren nicht genügend; dieselben möchten vielmehr eine polizeiliche Prozedur im alten Style eingeleitet wissen. (Br. Z.)

Wien, 20. März. [Telegr.] Die heutige „Wiener Zeitung“ enthält einen Bericht der Staatsschuldenkommission über den Stand der Staatsschuld Ende April 1861. Derselbe weist nach, daß die Gesamtschuld damals 2888 1/2 Millionen betragen, und sich also vom 1. November 1860 bis ultimo April 1861 um 47 Millionen vermehrt habe.

Großbritannien und Irland.

London, 18. März. [Der Prinz von Wales; Tagesnachrichten.] Der Prinz von Wales war bekanntlich am 1. d. in Alexandrien eingetroffen, von wo er ohne Aufenthalt nach Kairo weiter reiste, um sich von dort nach Ober-Egypten zu begeben. Der Prinz bewahrt allenthalben das strengste Intognito, und stattete nur die allernothwendigsten Besuche beim Vizkönig und dessen Familie ab, die zu seinem Empfange eigens nach Kairo gereist waren. Am 4. um Mittag wurde die Weiterreise angetreten. Des Pascha's Dampfer brachte den Prinzen und dessen Gefolge stromaufwärts. In Gizeh wartete seiner abermals der Vizkönig in Person; dann ging es auf Dromedaren nach der großen Pyramide, die man kurz vor Sonnenaufgang erreichte. Am anderen Morgen wurde von der Spitze dieser Pyramide der Sonnenaufgang genossen; dann widmeten die Reisenden eine Stunde den andern Alterthümern und ritten nach Gizeh zurück, um die Fahrt den Nil hinauf fortzusetzen. Der britische Generalkonsul Colquhoun begleitete von da an den Prinzen, der gegen Ende des Monats wieder in Alexandrien zu sein denkt, um sich nach Syrien einzuschiffen. — Lord Palmerston hat sich in den letzten Tagen vor einem Sonderausbruch des Parlaments, welcher über verschiedene neue Eisenbahnen zu referiren hat, dahin ausgesprochen, daß es von größter Wichtigkeit sei, die größeren Arsenale des Landes durch Eisenbahnen von gleicher Spurweite mit einander in Verbindung zu bringen. Desgleichen empfiehlt er zu Vertheilungszwecken die Förderung einer direkten Bahn zwischen Portsmouth, Bristol und anderen Häfen, wie er überhaupt eine Eisenbahnverbindung aller an der Südküste gelegenen Städte für wünschenswerth erachtet. — In der englischen Armee scheinen die Duellwieder Mode werden zu wollen. Wenigstens kam es jüngst zu mehreren Herausforderungen in Folge eines noch nicht zu Ende gediehenen Kriegsgerichts, das in Dublin über

Kapt. Robertson figt. Das angebliche Vergehen des Angeklagten ist in Dunkel gehüllt, aber allem Anscheine nach handelt es sich um eine Ehrensache. Die erwähnten Herausforderungen endeten damit, daß die Geforderten schriftlich die verlangte Satisfaktion gaben. — Der vor einigen Tagen erwähnte Postdiebstahl in London (es handelte sich um den Verlust eines rekonstruirtten Geldbriefes) macht noch immer viel von sich reden. Der Dieb wurde bisher nicht ausfindig gemacht. Doch soll die gestohlene Summe lange nicht so bedeutend sein, als es Anfangs hieß, und nicht in Cheques (Bankanweisungen), sondern in entzweitgeschnittenen Banknoten bestanden haben, die nicht eingewechselt werden können.

— [Parlament.] In der gestrigen Oberhaus-Sitzung beantragte der Marquis von Normanby (wie schon erwähnt) die Vorlegung verschiedener Depeschen über Verfolgungen, welche die Presse in Italien während der letzten beiden Jahre von Seiten der Regierung erlitten habe, sowie über willkürliche, im neapolitanischen Gebiete erlassene Proklamationen. Mit Bezugnahme auf Behauptungen, die im Turiner Parlamente von neapolitanischen Abgeordneten in Bezug auf die Lage Süditaliens aufgestellt worden seien, spricht er sich in sehr starken Ausdrücken über die sowohl vor, wie nach dem Tode des Grafen Cavour in Italien vorgekommenen Verfolgungen aus, ertheilt dem Staatssekretär des Auswärtigen und dem Herzog von Argyll den Rath, sich besser über das milde Verfahren der italienischen Regierung zu unterrichten, ehe sie die militärischen Proklamationen der Piemontesen verteidigen. Allerdings, außer in England, sei es bekannt, daß in ganz Mittelitalien, in Toscana, Modena, Bologna und Parma die Lage der Dinge höchst traurig sei. Die Kassen seien leer, die Steuern gestiegen, es warte ein starker Steuerdruck ob, die Aushebungen für das Heer seien eine große Last und es kämen zahlreiche Desertionen vor. Im Süden wüthe Hungersnoth, und die Soldaten hätten morde; im Norden tagten zwei Parlamente als Nebenbuhler neben einander. Das eine habe sich selbst einberufen, sei seinem Charakter nach republikanisch und gehöre zum Theil Mazzini, zum Theil Garibaldi. Das andere schleppe ein elendes Dasein hin, ohne daß sich irgend Jemand um es kümmerge. Er glaube, daß Italien unabhängig und glücklich sein würde, wenn die Betrügereien der letzten paar Jahre hinweggelegt wären. Lord Palmerston habe neulich geäußert, es gebe kein Königreich der beiden Sicilien mehr. Das müsse er seinerseits ganz entschieden ablehnen. Das Königreich beider Sicilien lebe noch immer im Herzen des Volkes, und wenn die Nicht-Intervention, von der man schon so lange so viel Gerede gemacht habe, eine Wahrheit wäre, so würde es auch de facto existiren. Dann würde kein Mensch mehr an die gräßlichsten Einfälle der beiden eblen Lords denken. Er beantrage nun die Vorlegung von Depeschen des britischen Gesandten in Turin, Sir J. Hubbon, und des britischen Konsuls in Neapel, Herrn Bonham, über Verfolgungen während der letzten beiden Jahre, so wie die Vorlegung anderer Depeschen derselben Herren über gewisse Proklamationen der Generale Cialdi und Vorelli, der Kommandanten Gelotteri, Karbone, De Virgili, Faino und Anderer, wodurch die Bevölkerung verschiedener Theile des neapolitanischen Gebietes im vorigen Jahre willkürlicher militärischer Hinrichtungen ohne irgend eine Form rechtlicher Prozedur und ohne vorhergegangene Erklärung des Belagerungszustandes unterworfen worden sei. Earl Russell verlas einen Brief des Konsuls Bonham, in welchem derselbe schreibt, die „Armonia“ habe seines Grachtens, als sie das Schriftstück mittheilte, nicht redlich gehandelt, indem sie diesen Umstand verschwiege. Die englische Regierung sei nicht verantwortlich für Willkürhandlungen, die in Italien verübt wurden. Wenn aber jetzt hier und da vielleicht Willkürmaßnahmen gegen die Presse zur Anwendung kämen, so möge man doch des Kontraktes wegen einmal die früheren Zustände dagegen halten. Wenn es im Neapolitanischen übel aussehe, so sei daran die frühere Regierung schuld. Gegen die Vorlegung der begrienen Papiere habe er nichts; doch vermöge er schlechterdings nicht zu begreifen, wie Lord Normanby dazu komme, eine Regierung, welche die Freiheit vertrete, anzugreifen und eine andere, welche die Tyrannie und Vgottori vertrete, zu verteidigen, er müßte denn den Wunsch hegen, die Segnungen der letzten drei Jahre vernichtet und das alte System der Unterdrückung und Sklaverei wieder hergestellt zu sehen. Lord Malmesbury verteidigte mit Lebhaftigkeit die von ihm zu der Zeit, wo er dem auswärtigen Amte vorstand, beobachtete italienische Politik, und stellt in Abrede, daß er je durch eine Vorlesung für Destréich beeinflusst worden sei. Als Beweis wolle er nur anführen, daß ihm sowohl von Destréich, wie von Italien ungebührliche Partheilichkeit vorgeworfen werde. Er sei ganz damit einverstanden, daß die englische Regierung nicht für die Handlungen der italienischen Verantwortlich gemacht werden dürfe. Doch glaube er, daß es bei der gegenwärtigen Lage Italiens ein freundliches Verfahren von Seiten Englands sein würde, wenn es dem italienischen Kabinett in Bezug auf manche Punkte freundschaftlichen Rath ertheilte. Es scheine ihm, daß die englische Regierung in Bezug auf die Milde der italienischen in einem solchen Wahne befangen sei. Lord Malmesbury tabelte den Marquis von Normanby, daß er allerlei Geschichten, die er in italienischen Blättern aufstöbere, für eine richtige Darstellung italienischer Zustände und namentlich des Verfahrens der italienischen Regierung ausbebe.

— [Er mordung des Präsidenten von Honduras.] In Southampton sind Nachrichten aus Zentralamerika angekommen, die bis zum 28. Februar reichen. General Guardiola, Präsident von Honduras, war in seiner Wohnung am hellen Tage von einem Offizier seiner Leibgarde, Namens Pablo Agurcia, ermordet worden. Man glaubt, daß der Mord von dem General Francisco Lopez angezettelt worden sei.

London, 19. März. [Telegr.] Weitere über Portland per Telegraph aus Newyork vom 8. d. eingetroffene Berichte melden, daß die Botschaft des Präsidenten Lincoln an den Kongreß, in welcher er pekuniäre Hilfe zur Emanzipation der Sklaven verlangt, eine große Sensation hervorgerufen hat, und daß alle Parteien davon überrascht waren. — Der sonderbündlerische Kongreß hat den Militärkommandeur bevollmächtigt, allen Tabak und alle Baumwolle zu zerstören, um zu verhindern, daß sie nicht in die Hände der Föderalisten fallen.

Frankreich.

Paris, 18. März. [Adreßdebatte in der Legislative.] Das sechste und letzte Amendement der Fünfer-Opposition zu §. 10: „Paris und Lyon erwarten noch immer einen erwählten Municipalrath“, von Picard in der vorigen Sitzung verteidigt, von Baroche und Devind in der gestrigen belämpft, ist, wie alle vorherigen mit großer Mehrheit verworfen worden. Hierauf ging die Debatte zu der interessanten Frage der Auflösung der Vincenz da Paula-Vereine über. Vicomte Lemercier tabelte die Maßregeln, welche die Regierung dieser Gesellschaft gegenüber ergriffen, und bemühte sich, ihren durchaus unschädlichen, unpolitischen, rein wohlthätigen Charakter nachzuweisen, während Billault als Regierungsorgan in dieser Gesellschaft den Keim zu ernstlichen Gefahren für die Sicherheit und Ruhe des Staates, ein mächtiges Instrument, das die Geistlichkeit eventuell in ihren Interessen gegen die der Regierung verwenden könnte, mit anderen Worten „einen Staat im Staate“ zu erblicken glaubte. Die Regierung wird sich demnach in ihrer diesen Vereinen gegenüber eingenommenen Stellung behaupten. Die Kammer, die sich mit dieser Erklärung einverstanden erklärte, nahm den §. 10 des Adreßentwurfs unverändert an. — Zum Handelsparagraphe (11) ist von Brame und Geroffen ein Amendement eingebracht, das sich gegen den Freihandel ausspricht und im Handelsvertrage mit England einen Hauptgrund für die Krisis in den Manufakturstädten Roubaix, Lille, Courcoing u. s. w. erblickt. Baroche wird heute im Namen der Regierung auf Brame's Beschwerden antworten.

— [Tagesbericht.] Antonio Flores, der neue Minister-Präsident der Republik Ecuador in Paris, hat vorgestern dem Kaiser seine Beglaubigungsschreiben überreicht. — Der Kaiser soll dieser Tage einigen Deputirten bestimmt erklärt haben, daß er dieses Jahr keine neuen Wahlen werde vornehmen lassen. — Thouvenel hat an die verschiedenen Mächte eine Depesche erlassen, worin er in Bezug auf Griechenland dasselbe Prinzip der Nichtintervention, wie für Italien, aufstellt. Der in der Levante stationirte kommandierende französische Kontradmiraal Touchard hat Befehl erhalten, die Landung auswärtiger Truppen an der griechischen Küste weder zu verhindern noch zu begünstigen. Die italienische Regierung hat in Athen wegen der ihrer Ansicht nach ungerechtfertigten Wegnahme eines als verdächtig erklärten italienischen Schiffes protestirt. Es sind bereits mehrere Franzosen, die als Freiwillige mit Garibaldi in Sicilien waren, nach Nauplia abgegangen. — Ganesco, der Redakteur von „Courrier du Danube“, ist unter der Anklage, einer geheimen Gesellschaft anzugehören und sich an einer Verschwörung betheiligen zu haben, vor den Pariser Appellhof verwiesen worden. — Jakob Elias Fromental Halévy, ständiger Sekretär der Akademie der schönen Künste, ist gestern gestorben. Er war schon seit längerer Zeit kränklich gewesen. Halévy war fast 63 Jahre alt. Am 27. Mai 1799 zu Paris geboren, trat er 1809 ins Konservatorium und erhielt 1819 den großen Preis für Komposition. 1827 wurde im Theater Feydeau, der damaligen Opera Comique, zum ersten Mal eine Oper von ihm aufgeführt, nämlich „L'Artisan“. Halévy's bestes Werk war unstreitig die „Jüdin“, das ihn den besten französischen Komponisten gleichstellte. 1833 wurde er zum Mitglied der Akademie der schönen Künste erwählt, die ihn 1854 zu ihrem ständigen Sekretär ernannte. — Aus Toulon wird gemeldet, daß das Transportschiff „Seino“, welches im Begriff war, das 36. Linienregiment nach Corsica zu bringen, Befehl erhielt, alles an Bord Befindliche wieder auszuladen und sich fertig zu machen, in sechs Tagen mit 500 Mann, 120 Pferden und 1000 Tonnen Material nach Mexico abzugeben. Es soll dies der erste Transport eines neuen Verstärkungskorps sein, dessen Effectivbestand auf eine Brigade geschätzt wird. Den Transportschiffen Bauban, Moselle, Aube und Ceres ist die Weisung zugegangen, sich bereit zu halten, um auf die erste Depesche hin gleichfalls nach Mexico abzugehen zu können. — Nach einer Privatdepesche der „Patrie“ aus Shanghai vom 28. Januar rüstete der Kommandant des französischen Geschwaders drei kleine Kriegsschiffe aus, die sich nach Nanking und von da den Yantse-Kiang aufwärts bis zu den Wasserfällen von Hang-Nang begeben sollten. Es soll durch diese Expedition die französische Flagge im Innern China's gezeigt und den Rebellen Respekt eingefloßt werden.

— [Die Zustände in Griechenland.] A. Grenier entwickelt in einem längeren Artikel im „Constitutionnel“, wie der gegenwärtige traurige Zustand Griechenlands zum großen Theil der Nation selbst zur Last falle. Seit den Freiheitskriegen, welche den Hang zu Abenteuern und zu einer unständigen Lebensweise begünstigten, habe die Nation den Landbau vernachlässigt und sich, um ihrem Ehrgeiz zu genügen, immer mehr den Studien gewidmet. Es sei also nicht zu verwundern, wenn man in diesem Lande, statt Landwirthe, Industrielle, Handwerker und Künstler, nur Mediziner, Advokaten, Professoren und Offiziere finde. Dieses sei das wahre Uebel Griechenlands; denn Angehörige dieser von einem brennenden Ehrgeiz besessenen Leute, die alle danach strebten, Minister oder Ähnliches zu werden, könnten ein Ministerwechsel, eine Kammerauflösung und selbst ein Umsturz der Dynastie nicht viel helfen. Was das Heil Griechenlands unverzüglich erfordere, sei eine richtigere Leitung der Intelligenz und Thätigkeit des Landes; eine Rückkehr der Gemüther zu dem, was möglich, praktisch und nützlich sei; die Stillung dieses ehrgeizigen und politischen Fiebers und das Erkennen, daß eine Nation nicht ausschließlich aus Beamten bestehen könne und daß Industrie, Handel, Ackerbau und freie Gewerbe, sollten sie auch nicht in die Kammer und ins Ministerium führen, ebenso nützlich und ebenso ehrenhaft seien als öffentliche Anstellungen.

— [Französische Expedition in Koshina.] Der „Moniteur“ veröffentlicht Depeschen aus Saigon vom 30. Januar, wonach der Besitz der ganzen Provinz Bien-Hoa den Franzosen gesichert ist und die letzten Reste der anamitischen Armee aus derselben vertrieben sind. Nach der Einnahme von Baria hatte Admiral Bonard mit Verstärkungen von Saigon und Bien-Hoa den Feind verfolgt, ihn am 19. aus seiner Stellung bei Long Kap vertrieben, sich seiner Magazine bemächtigt und am 22. Phu-Lo genommen. Die Anamiten ergriffen in der Richtung von Hui die Flucht und wurden bis Kap und Phuyen-Mot, an der Grenze der Provinz Ben-Thuan, verfolgt. Ihr Verlust wird auf 1500 Mann geschätzt, der der Franzosen wird als unbedeutend angegeben. Bemerkenswerth ist es, daß die Bevölkerung sich an keinem Kampfe betheiligte. Für die Sicherheit der Grenze sind hinlängliche Maßregeln getroffen worden. Die Truppen halten drei strategische Positionen: Bien-Hoa im Mittelpunkt und Phu-Yen-Mot und Baria an den beiden äußersten Enden besetzt, die mit einander in gesicherter Verbindung stehen, und von wo aus das Land nach allen Seiten beherrscht wird. Um bei Truppenmärschen die Einquartierungen zu vermeiden, läßt jedes als Etappe bezeichnete Dorf die nöthigen Gebäulichkeiten zur Unterbringung von 150 Mann bauen. Die Organisation der Provinz Bien-Hoa ist als vollendet zu betrachten. Die Eroberung war von keiner Zerstörung begleitet und die einheimischen Behörden wurden beibehalten und funktionirten nun unter der Oberaufsicht und Leitung des Oberkommandanten, Oberlieutenant Domanech Diego. Auch wird jetzt ein Postdienst aus Eingeborenen organisiert. Vor Ende des Jahres wird sich durch die ganze Provinz ein Telegraphendraht erstrecken, der Saigon mit dem Kap St. Jacques, dessen Leuchthurm bis dahin fertig sein wird, verbindet. Die Einwohner haben sich den Franzosen ohne Schwierigkeiten genähert. Der Inspektor der Wälder, welcher einer der Ersten war, die sich unterwarfen, hat die Orte abgegeben, wo bedeutende, der Domäne des Kaisers zugehörige Holzquantitäten lagen, deren man sich sogleich bemächtigte. Ebenso hat ein anamitischer Bürgermeister den Platz gezeigt, wo der Feind 1600 Kilogr. Pulver und 320 Gewehre versteckt hatte. Man beschäftigt sich jetzt mit der Erhebung von Steuern und dem Verkauf von Grundstücken.

Paris, 20. März. [Telegr.] In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde in Folge einer von Baroche gehaltenen

Rede das Amendement Brame in Bezug auf den Handelsvertrag mit England verworfen.

Italien.

Turin, 16. März. [Tagesnotizen.] Der Armeegeneral Durando ist zum Kommandanten des zweiten Militärdepartements (Mailand) ernannt, der frühere Kriegsminister, Generalleutnant della Rovere, dem Kriegsministerium zur Verfügung gestellt, und der Artillerie-Generalmajor Cavalli zum Generalleutnant befördert worden. — Der „Diritto“ veröffentlicht eine Proklamation Garibaldi's an die Italiener, worin er seine Landsleute auffordert, zur Unterstützung der Ueberschwemmten in Wien beizusteuern. „Es ist Zeit“, sagt er, „daß die Bruderkämpfe der Nationen, auf welche die Tyrannen ihre Macht gebaut haben, ein Ende nehmen.“ — Am 16. d. sind Pereira und Bixio von Paris hier angelangt, um wegen Gründung einer Kreditgesellschaft, „Credito fondiario“, zu unterhandeln.

Turin, 17. März. [Deputirtenkammer.] Der heutigen Sitzung, für welche Gallenga seine Interpellation in Betreff der Komplettirung des Ministeriums angezeigt hatte, wohnte ein sehr zahlreiches Auditorium bei. Alle Tribünen waren überfüllt. Gallenga erklärte, daß das Kabinett in seiner jetzigen Beschaffenheit eine zweideutige Stellung einnehme, und daß es sich binnen kurzem zu seiner Vervollständigung oder zu seiner Entlassung entschließen müsse. Er habe der Sitzung der Probedimentovereine vom 9. in Genua beigewohnt und kein Wort vernommen, welches zu Beunruhigungen Seitens der Regierung berechtigen könnte. Ueber das Programm, das der Kaiser Napoleon Italien gegenüber angenommen, äußerte sich Gallenga folgendermaßen: „Welches ist dies Programm? Wir wissen es nicht, vielleicht weiß es der Kaiser selbst nicht.“ D'Andes verlangte die Vorfrage über diese Interpellation, da das Ministerium noch keine Handlung begangen hätte, über welche die Kammer ihr Urtheil abgeben könnte, und da es nicht passend sei, auf Präjudizialwegen vorzugehen. Buoncompagni unterstützte den Antrag der Vorfrage. Ratazzi wünschte über die jetzige Lage des Ministeriums einige Aufklärungen zu geben, erklärte sich jedoch mit der Tagesordnung einverstanden, wenn man ihr einen für die Unterstützung des Kabinetts günstigen Charakter beilege. Die Kammer verlangte den Schluß über die Vorfrage; es entspann sich eine äußerst lebhafte Debatte. Ratazzi wünschte auf die Interpellation einige Worte erwidern zu dürfen: Bedeutende Schwierigkeiten hätten sich der Vervollständigung des Kabinetts in den Weg gestellt, er sehe in diesem Augenblick Niemanden, der mit dem noch vakanten Portefeuille betraut werden könne. Vor der Hand sei ihm die Unterstützung der Kammermajorität noch nicht gesichert, er kenne die Absichten der Kammer noch nicht genau. Binnen Kurzem würde er die Bewaffnungsmaßnahmen vervollständigen und das vom Parlament mit großer Mehrheit angenommene Gesetz zur Ausführung bringen können. Aber kein Verein habe das Recht, sich zu bewaffnen, oder die Regierung bei der Nationalbewaffnung zu unterstützen; der Regierung allein falle dies anheim. Was den Gesegentwurf über die politischen Vereine anbetreffe, so könne er sich hierüber noch nicht äußern, da er sich mit dieser Frage erst seit zu kurzer Zeit beschäftigt habe. Auch über die angeblich Garibaldi gegebene Antwort in Betreff der Rückberufung Mazzini's könne er keine Auskunft geben, da Garibaldi ihm keine derartige Mittheilung gemacht habe. Man schlägt die namentliche Abstimmung über die Tagesordnung vor, mit der Erklärung, daß der Ministerpräsident in deren Annahme eine Unterstützung für sein Kabinett erblicken könne. Hierauf erfolgten zahlreiche Unterbrechungen und Zwischenfälle, in deren Folge die Sitzung auf einige Minuten aufgehoben werden muß. Nachdem die Ordnung wieder hergestellt ist, erklärte der Minister noch einmal, daß diese Abstimmung dem Ministerium das Vertrauen oder Mißtrauen der Kammer ausdrücken würde. Die Tagesordnung wird hierauf mit 210 gegen 80 Stimmen angenommen; 3 Mitglieder enthielten sich des Abstimmens.

Turin, 19. März. [Telegr.] Die „Stalie“ meldet gerüchtele, daß Sarini das Ministerium des Aeußern annehmen werde.

Spanien.

Madrid, 17. März. [Die Staatschuld.] Die „Beria“ erinnert an die endliche Regulirung der passiven Schuld. Die „Epoca“ glaubt, daß die Regierung nach einem eingehenden Studium der Angelegenheit nicht Anstand nehmen werde, den gerechten Ansprüchen der Inhaber gerecht zu werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 17. März. [Antwort auf die preussisch-österreichischen Noten; aus dem Reichsrath.] „Dagbladet“ berichtet, daß die Antwort der dänischen Regierung auf die preussisch-österreichischen Noten am 12. d. abgegangen ist. Die Regierung weist darin jede Diskussion über Schleswigs Verhältnisse und über die Berechtigung der Zusammenberufung des dänisch-schleswigschen Reichsraths zurück. Dänemark vermöge selbstverständlich es nicht Preußen zu verwehren, auf die Frage, welche Bedeutung die Verhandlungen von 1851–52 hinsichtlich Schleswigs haben, zurückzukommen. Die dänische Regierung habe auch keine Ursache, eine erneuerte Diskussion hierüber zu scheuen; diese würde nur das Resultat ergeben, daß Dänemark in Betreff Schleswigs keine Verpflichtung eingegangen, jedenfalls jede mögliche Zusage vollständig erfüllt habe. Die gegenwärtigen Verhandlungen könnten aber keinen Schleswig berührenden Punkt umfassen; man würde dann unter einer Frage, die Europa nun einmal als eine innere deutsche betrachte, eine andere hineinziehen, die, wenn sie existirte, international und außerhalb der verfassungsmäßigen Befugniß des Bundes sein müßte. Die Wirkung einer solchen Zusammenberufung würde sein, daß, wenn man sich nicht einigte und Bundesexekution eintrete, diese dann schleswigsche Zwecke haben könnte und würde, und Europa müßte dann erkennen, daß Dänemark genöthigt wäre, eine Bundesexekution als Casus belli zu betrachten, selbst wenn die Disputationsgruppen die Eider nicht überschritten. Die dänische Regierung fordert demzufolge beide deutsche beider deutschen Großmächte auf, ihre Bemerkungen in Betreff der in der Depesche vom 27. Oktober v. J. vorgeschlagenen Grundlage zur Ordnung der Verhältnisse und Selbständigkeit Holsteins darzulegen. — In der heutigen Sitzung des Reichsraths wurde der Gesegentwurf wegen einer Apanage für den Prinzen Frederik zu Dänemark einstimmig der zweiten Berathung überwiesen. Darauf fand die zweite Berathung über den Gesegentwurf, betreffend eine

Veränderung des §. 53 des Verfassungsgesetzes vom 2. Okt. 1855, statt. Nach kurzer Diskussion wurde der Vorschlag des Ausschusses einstimmig angenommen und dadurch der Gesetzentwurf mit 43 gegen 1 Stimme der dritten Beratung überwiesen.

[Untersuchung.] Wie wir hören, wird den „H. N.“ von hier geschrieben, ist jetzt schon eine Untersuchung gegen einige Mitglieder der Schleswiger Ständeversammlung wegen der Unterzeichnung des neulichen Protestes der Herren Hansen-Grumby und Thomsen-Oldensworth eingeleitet. Die Regierung argumentirt: weit der Protest zuerst in der „preussischen offiziellen Zeitung“ veröffentlicht sei, wäre anzunehmen, daß derselbe der preuss. Regierung übergeben sei und glaubt dadurch zu einer Untersuchung auf Hochverrath berechtigt zu sein. Bekanntlich brachte die „Berl. allg. Ztg.“ das Altkleid zuerst; da dies nun nicht, wie behauptet, die „preuss. offizielle Zeitung“ ist, die Voraussetzung also falsch ist, so werden auch wohl die daraus gezogenen Folgerungen in ihr leeres Nichts zurückfallen müssen.

A f i e n.

Kalkutta, 25. Februar. [Die Unruhen in Bhotan] haben einen ernsteren Charakter angenommen. Oberst-Lieutenant Macpherson wurde mit 500 Mann nach Darjeeling, General Shomers mit dem 33. Regimente nach der südöstlichen Grenze abgeordnet, wo mehrere Kämpfe mit zahlreichen Rebellenhaufen stattfanden.

Militärzeitung.

England. [Europäische Regimenter bei der indischen Armee; neue Bestimmung für die Rekrutierung; Vermischtes.] Bei der stehenden indischen Armee hat an Stelle der aufgelösten, ehemals von derselben gehörigen europäischen Truppen nunmehr zunächst die Errichtung von 12 neuen Infanterieregimenten stattgefunden. Jedes derselben wird aus 10 in Indien stationirten Feldcompagnien zu je 94 Mann, inkl. 3 Offizieren, und einem Stabe von 16 Hausboisten eingeteilt, 31 Köpfe, wie aus einer in England zurückgebliebenen Depotcompagnie von 4 Offizieren und 123 Mann bestehen. 4 Artillerieregimenter, davon 2 für die Armee von Bengalen, 1 Genieregiment, und vorläufig 3 leichte Dragonerregimenter werden späterhin noch dazu treten. Ein Kauf der Offizierstellen findet bei diesen Truppen, als auch für die Infanterie und Kavallerie nicht statt, für jedes Dienstjahr in denselben erhalten die Offiziere, außer der ihnen zustehenden Pension, 100 Pfd. St. Entschädigung. — Das Handgeld bei der Rekrutierung ist für die englische Armee jetzt, mit einziger Ausnahme der Pioniere, welche 2 Pfd. St. erhalten, auf durchgängig 1 Pfd. St. (6 Sh. 20 Sgr.) herabgesetzt worden. Auch sollen künftig nur Leute vom 18. bis 25. Lebensjahre angenommen werden. Die Spillente ergänzen sich aus den Soldatenkindern vom 14. — 16. Lebensjahre, auch die Trompeter der Reiterei und reitenden Artillerie können aus dieser Klasse genommen werden. — Die Militärfürsorge für die englischen Kolonien haben im vorigen Jahre nicht weniger als zusammen 3,718,476 Pfd. St. oder 24,789,640 Thlr., die Militärausgaben von denselben dagegen nur 109,280 Pfd. St. oder 728,533 Thlr. 10 Sgr. betragen. — Der gegenwärtige Stand der englischen Seemacht wird amtlich auf 414 Schraubendampfer, 111 Raddampfer und 110 Segelschiffe, zusammen also 690 Fahrzeuge angegeben. Zum äußeren Dienste beordert sind davon 19 Einienischiffe, 2 Panzerregatten, 90 Sloop und 38 Fregatten und Korvetten, oder 149 Fahrzeuge. Im Bau begriffen 51 Schraubendampfer und 4 Raddampfer. — Auf der englischen Flotte sind im vorigen Jahre 764 Matrosen mit zusammen 26,201 Fieben bestraft worden. Auf den Mann kommen so 34, das Maximum war 50, das Minimum 8 Fiebe.

Frankreich. [Das Lager von Lannemezan; neues System militärischer Gepädwagen.] Für das neue stehende Lager auf dem weiten Plateau von Lannemezan im Departement der Oberpyrenäen sind die vorläufigen Erwerbungen bereits getroffen worden und ist man gegenwärtig mit den erforderlichen Maßregeln zur Instandhaltung der Truppen beschäftigt. Dies Lager ist bekanntlich vorzugsweise für die Artillerie bestimmt, und als die Veranlassung zu seiner Errichtung ward angegeben, daß das Polygone von Toulouse sich für die Tragweite der neuen gezogenen Geschütze als ungenügend ergeben habe. Auch sind hier auf dem genannten Plateau Schießstände bis auf eine volle deutsche Meile Entfernung geschaffen, oder vorläufig wenigstens abgesteckt worden. Das Klima der Höhe wird außerdem für ebenso gemäßigt als gesund angegeben. Wie verlautet, soll schon Anfangs Mai dieses Lager von einer Artillerieabtheilung von 17 Offizieren, 400 Mann und 400 Pferden bezogen werden. — Das neue im Jahre 1860 ins Leben getretene System militärischer Gepädwagen wird bei der Expedition gegen Mexiko seine erste ernste und thatsächliche Probe bestehen. Die Truppenabtheilungen erhalten für den Feldbedarf Wagen mit zwei Maulthieren oder Pferden zur schnelleren Beförderung der Offizierseffekten, der Kasse, Rechnungen, Medicamente und Erfrischungen, endlich der Werkzeuge für Waffenreparaturen. Nachträglich wurde dieses System auch für den Generalstab angeordnet. Seit zwei Jahren sind solche Gepädwagen für das ganze Heer angefertigt worden, und gegenwärtig befindet man ihre Ausrüstung für den Generalstab zweier Armeen von je 100,000 Mann in 4 Korps von je 3 Divisionen. Das Korps für Mexiko erhielt zwei neue Gepädwagen sammt Kisten, Keller- und Küchengeräthschaften für den Generalstab, zwei für das Jägerbataillon, fünf für die Infanteriebataillone.

[Die Entwicklung des Baues der Dampfschiffe in den Kriegsmarin.] Im Jahre 1807 wurden in der amerikanischen Marine die ersten Kriegsdampfschiffe gebaut, welchem Beispiel England 1809 nachfolgte. Diese sämtlichen Fahrzeuge, deren Zahl in dem englisch-amerikanischen Kriege von 1812—1815 englischerseits bis auf einige 20 anwuchs, befaßen jedoch nur 60—80 Pferdekraft, und wurden neben dem leichten Küstendienst vorzugsweise noch als Schleppschiffe für größere Kriegsschiffe benutzt, wie so etwas in der bänischen Marine ja bekanntlich nach 1849 im Gefolge von Ederneffekten stattfand. Ihrer Maschine nach waren dies durchgängig Raddampfschiffe. Von 1820 ab fing man an die Maschinenkraft bis auf 200 und 300 zu vermehren, wozu ein Vorgang in der Schlacht bei Vavarin die Veranlassung gegeben hatte, wo die kleinen und schwachen Dampfer die Einienischiffe in die Schachordnung zu bugeln nicht rechtzeitig im Stande gewesen waren. Die Beschleunigung der syrischen Küstenstädte 1842, wobei die Radlasten der Dampfer sich als der verlässigste Theil dieser Fahrzeuge bewiesen hatten, gaben den Anlaß, Mittel zu suchen, die Maschine nicht mehr in gleicher Weise dem feindlichen Feuer bloßzustellen. 1844 wurde in Folge dessen die Schraube erfunden und von dem Prinzen von Joinville zuerst bei der französischen Armee eingeführt. Es war damit zugleich der Vortheil verbunden, durch Wegfallen der Radlasten die beiden Seitenwände der Dampfschiffe besser als bisher armiren zu können. Schon im nächsten Jahre fand gleichermäßen in der französischen Marine der erste Versuch mit dem Bau einer Schraubenschraube statt, wonach aber hterin England die Vorhand nahm und schon 1847 das erste Schrauben-Einienischiff vom Stapel laufen ließ. Um dieselbe Zeit oder bereits etwas früher,

etwa um 1844, trat der französische General Pailhans mit dem Vorschlage auf, kleine Schiffe mit Kanonen von schwerem Kaliber zu bauen, was indeß nur von Amerika mit einigen Veränderungen adoptirt, dagegen aber von Frankreich und England nach einigen verächtlichen Versuchen als unpraktisch verworfen wurde. Der rechte Aufschwung in dem Dampfschiffbau kam jedoch erst mit dem Krimkrieg, während welchem bekanntlich beinahe die gesammten Segelflotten Englands und Frankreichs in Dampfschiffe umgewandelt wurden. Zu diesem Behuf und um den Kohlenbedarf zu ermäßigen, kam man übrigens fast von selbst auf das System der gemischten Schiffe, welches jetzt durchgängig von allen seefahrenden Staaten adoptirt worden ist. Der Eisenbau ward mit Ausgange des genannten Krieges gleichfalls in Betracht gezogen, doch erst Ende des Jahres 1859 ward mit dem Bau des Panzerschiffes „Gloire“ abermals von Frankreich hierzu ein praktischer Anlauf genommen. In derselben Zeit ward auch die Bewaffnung der Kriegs- und namentlich der gepanzerten und Eisenschiffe in Anregung genommen und ist die Ausführung dieser Maßregel bereits bei allen größeren Kriegsmarinern weit vorgeschritten. Ein neuer Versuch vom 4. März d. Z. gegen Schiffswände aus reinen Eisenplatten zu Schoeburneß in England hat übrigens nach dem Urtheil der englischen Admiralität bewiesen, daß kein Eisenpanzerschiff nur Eisenwände haben darf, sondern daß hinter den Eisenwänden mindestens noch 18—20zöllige Holzwände befindlich sein müssen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 21. März. [Staatssteuer.] Die Stadt Posen entrichtet an direkten Staatssteuern, ausschließlich des Zuschlags von 25 Prozent, 58,262 Thlr., nämlich: Grundsteuer 13,870 Thlr., Einkommensteuer 22,430 Thlr., Gewerbesteuer 21,556 Thlr., Klassensteuer 406 Thlr. Dazu tragen die Steuerpflichtigen deutscher Nationalität 48,845 Thlr., die polnische Nationalität nur 9417 Thlr. bei, d. i. etwa 1/6 des Gesamtbetrages. Diejenigen Einwohner, welche nicht zu einer dieser Steuern beitragen, zahlen hier überhaupt keine direkten Staatssteuern und tragen meist nur indirekt durch ihren Konsum zu den Staatslasten bei. Bei den Kommunalabgaben ist das Verhältniß zwischen den Nationalitäten, so viel bekannt, noch mehr zu Gunsten der deutschen Bevölkerung. Wenn von mancher Seite bei den Ausgaben beständig nach f. g. Parität zu verfahren verlangt wird, so scheint dieser Grundlag bei dem Steuerzahlen gänzlich verlassen zu sein und die deutsche Bevölkerung sich hier eines wenig beneidenswerthen Vorzugs Seitens der Steuerbehörden zu erfreuen. Eine Bevorzugung auf anderen Gebieten ist ihr bisher wohl kaum zu Theil geworden. Es bekräftigt sich auch hier, bezüglich des theoretisch schönen Grundsatzes der Parität, das alte Juristenwort: summum jus, summa injuria!

B Posen, 21. März. [Naturwissenschaftlicher Verein.] Oberlehrer Dr. Szasarkiewicz hielt am 19. d. einen öffentlichen Vortrag über die wissenschaftlichen Prinzipien, auf welchen die Darstellung des Leuchtgases beruht. Im Eingange seines Vortrages erläuterte er die trockene Destillation der pflanzlichen und thierischen Stoffe, und nachher der Steinkohlen. Er besprach die Produkte der trocknen Destillation: 1) des starren Rückstandes (der Kohle, Asche u. s. w.); 2) der leicht kondensirbaren Dämpfe, und zeigte eine Anzahl solcher gewonnenen Flüssigkeiten als Nebenprodukte vor, namentlich: Holztheer, Kreosot, Holzeßig, Franzosenöl, kohlenstaures Ammon, Steinkohlentheer u. s. w., und erläuterte die Eigenschaften derselben; 3) der verbrennlichen Gasarten, wenn sie angezündet werden, wobei das aus Holz, aus thierischen Substanzen und aus Steinkohle gewonnene Leuchtgas besprochen und in seiner Wirkung verglichen wurde; 4) der nicht leicht kondensirbaren Gase, wie der Kohlenäure, des Schwefelwasserstoffes, der schwefligen Säure u. s. w. Am Schlusse des Vortrages wurden die Methoden angegeben, das Steinkohlensleuchtgas von den unter Nr. 4 genannten Beimischungen zu reinigen. Im nächsten Vortrage, Mittwoch den 26. d., um 5 Uhr Nachmittags, im chemischen Auditorium der Realschule, beabsichtigt Dr. Szasarkiewicz, welcher selbst der Direktion der hiesigen Gasanstalt als Mitglied angehört, die Einrichtungen derselben bis ins Einzelne zu erklären.

r Bollstein, 20. März. [Gewerbeverein; Nachtrag; Markt.] In Folge Aufforderung des Beigeordneten Kaufmanns Anders und des Stadtraths Defflauer Seidler hatte sich vorgestern eine zahlreiche Versammlung aus allen Ständen eingefunden, um über die Gründung eines „Gewerbevereins“ für die hiesige Stadt und Umgegend zu berathen. Herr Anders eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er darauf hinwies, wie wichtig ein Gewerbeverein für Bollstein und Umgegend werden könne und stellte schließlich an die Versammlung die Frage, ob sie genehmigt sei, zur Gründung eines Gewerbevereins zu schreiten. Diese Frage wurde einstimmig bejaht. Von allen Seiten aufgefodert, setzte hierauf der Feldmesser v. Knobelsdorf in klarer, beherzter Sprache die Tendenz eines derartigen Vereins auseinander und stellte schließlich den Antrag, ein Komitee zu wählen, welches mit Ausarbeitung der später vorzulegenden Statuten betraut werden soll. Es wurden durch Applikation gewählt: Landrath v. Anruhe-Bomst, Feldmesser v. Knobelsdorf, Bürgermeister Heuer, Blinden-Zustuhlsinspektor Kienel, Baumeister Schulz und sechs Meister verschiedener Handwerke. Bei der lebhaften Theilnahme, die sich bei dieser ersten Versammlung kundgab, steht mit Bestimmtheit der dauernde Bestand des beabsichtigten Vereins zu erwarten, was für unsern Handwerkerstand von unberechenbarem Nutzen sein wird. — Meinem Berichte über die am Sonntag in der hiesigen evangelischen Kirche begangene hochzeitliche Feier der Eindrücke habe ich nach nachzutragen, daß nach beendeter kirchlicher Feier das große Jubelpaar in der Wohnung unseres Landraths Freiherrn v. Anruhe-Bomst festlich bewirthet wurde und daß demselben zum Andenken an die seltene Feier von der Frau Landrathin ein goldenes Kreuzchen, an einem Sammetbändchen befestigt, überreicht wurde. — Das Pferde- und Viehgeschäft auf dem vorgestrigen Markte in Bollstein war sehr lebhaft und die Preise waren enorm hoch. Gute Alperpferde sind bis 100 Thlr. und Fohlen bis 70 Thaler bezahlt worden. Für Hornvieh traten Käufer zum Theil aus entfernten Kreisen auf und die Preise haben in Folge dessen eine seit vielen Jahren nicht gekannte Höhe erreicht.

z Bromberg, 19. März. [Handwerkerverein; Verurtheilungen; Abiturientenprüfung.] Der hiesige Handwerkerverein, der sich allwöchentlich zu einer Sitzung versammelt, bepricht schon seit längerer Zeit das Thema: „Ob Gewerbeordnung oder Gewerbesteuer?“ In der letzten Ver-

sammlung vom Montage kam die Frage in Betreff der Meisterprüfungen zur Sprache. Kreisgerichtsath Rube erklärte sich gegen jede Prüfung im Handwerkerstande, da das Publikum die beste Prüfungskommission sei. Kreisrichter Kienel wollte sogar, daß junge Leute schon vom 17. Lebensjahre an Meister werden können, worauf der Buchbindermeister Buch bemerkte, daß alsdann die Verarmung der Handwerker mit Riesenschritten vor sich gehen würde, da die jungen Leute, wenn sie sich etabliren, auch gleich an das Heirathen denken. Unter den vielen zu nichts führenden Reden zeichnete sich die des hiesigen Buchbindermeisters Pausbach (eines eifrigen Irvingianers) besonders aus. Nachdem ihm das Wort gegeben war, trat er vor und sagte: „Meine Herren! Alles menschliche Wissen ist Stückerwerb, darum keine Meisterprüfungen!“ Punktum. (Möge meines Bravos!) Die Theilnahme an den Versammlungen war in letzterer Zeit nicht mehr so groß als früher; am Montage waren etwa 50 Personen anwesend. — Am Montage wurden vor der Kriminaldeputation des hiesigen Kreisgerichts zwei nicht uninteressante Fälle verhandelt. Der hiesige Fleischermeister Henoch Abraham bediente sich seit etwa 2 Jahren einer falschen Waage. Die Unrichtigkeit wurde theils durch die falsche Stellung des Waagebalkens, theils durch die größere Schwere der einen Waagegale herbeigeführt, so daß das Publikum trotz des scheinbar guten Gewichtes dennoch betrogen war. Am 7. Dezember v. J. verkaufte Abraham mittelst dieser Waage dem Arbeitmann Victorowicz 1 1/2 Pfd. Rindertalg. Dem Käufer schien das Gewicht zu gering; er begab sich deshalb auf das Polizeibureau und da ergab sich beim Nachwiegen auf der dort befindlichen Waage ein Mindergewicht von mehr als 2 Loth. Abraham kannte die Unrichtigkeit der Waage, da schon früher häufig Klage darüber geführt worden, daß er ein zu geringes Gewicht verabfolgt habe. Die Staatsanwaltschaft beantragte wegen wissenschaftlichen Gebrauchs einer unrichtigen Waage gegen den Angeklagten 3 Monate Gefängniß, eine Geldbuße von 50 Thlr., Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr und einjährige Stellung unter Polizeiaufsicht; der Gerichtshof erblickte in der Handlungsweise des Angeklagten aber nur eine Uebertretung der Gewichtsordnung und belegte ihn mit einer Geldstrafe von 10 Thlr. event. 1 Woche Gefängniß. Außerdem wurde noch die Konfiskation der Waage ausgesprochen. — Der zweite Fall war folgender: Im Herbst v. J. fand die verehelichte Arbeitsfrau Schlammer auf dem Felde des Mühlendächters Poll im Prondy-Kupferhammer (1 Meile von hier) beim Ausnehmen der Kartoffeln einen ganz verrosteten Beutel, in welchem sich 20 Goldstücke (Dukaten) und mehrere Silbermünzen befanden. Den Werth dieser Münzen nicht abend, daß sie dieselben in ein zerbrochenes Glas und stellte solches in ein offenes Spind. Hier fand sie ihr 13 Jahr alter Sohn, spielte damit und verstreute schließlich mehrere Goldstücke an den Sohn des Arbeitsmannes Michael Meyer aus Prondy-Krug und an den Knecht Franz Zorjyn. Dem M. Meyer schienen die Münzen etwas werth zu sein und er begab sich mit 7 Goldstücken nach Bromberg zu dem Kaufmann Julius Jacobi, der ihm dieselben für 18 Thlr. 6 Sgr. abkaufte. Nun ging der Fährer in ein Licht auf und sie brachte die Sache zur Anzeige. Meyer wurde wegen Unterschlagung unter Anklage gestellt und zu 1 Monat Gefängniß sowie zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt. — Am Montage fand in der hiesigen Realschule die mündliche Prüfung in Gegenwart des Schulraths Dr. Meyer aus Posen von 7 Abiturienten statt, welche sämtlich, einer mit dem Prädikat „gut“, die andern mit den Prädikaten „genügend“, bestanden. Gestern wurde die mündliche Prüfung von 6 Abiturienten vor demselben Prüfungsausschusse im Gymnasium abgehalten. 5 der jungen Leute haben bestanden, einer ist durchgefallen.

Vermischtes.

* Berlin, 20. März. Der am Sonnabend entsprungene frühere Student Schöppe ist, wie die „Ger.-Ztg.“ meldet, in Frankfurt a. M. wieder verhaftet worden.

* Die Nachricht von der Einnahme des Forts Donnellson war Dank dem elektrischen Telegraphen in San Francisco eben so früh wie in Newyork bekannt, ja, man feierte den Sieg dort um mehrere Stunden früher als in Newyork. Als die Nachricht von der Einnahme des Forts zu Newyork eintraf, begab sich ein Amerikaner auf die Polizei und forderte, daß man jeden, der nach 2 Uhr Nachmittags nüchtern angetroffen werde, verhaften solle. Der Polizeichef versprach Nachsicht gegen alle Betrunkene, mehr könne er als bester Patriot nicht thun. So berichtet die „Newyorker Handelszeitung“.

Angekommene Fremde.

Vom 21. März.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Gorzonski aus Witaszyce, Frau Rittergutsbesitzer v. Korzowiska aus Piotrkowice, Gutspächter Demel aus Miodaslo, Dr. Waldstein aus Berlin, prakt. Arzt Dr. Lewin aus Braustadt und Kaufmann Scharpf aus Fulda.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Kaufmann Warm aus Magdeburg, Gutspächter Zachaus aus Schneidemühl, die Rittergutsbesitzer v. Bojanowski nebst Frau aus Krzelowice und v. Buchowski aus Konino.
SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer v. Miodaslo aus Wiegawowo, Kommissarius Wojciechowski aus Uric und Gutswalter Neumann aus Mielzyn.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutspächter v. Bojanowski aus Krzelowice und v. Kurovski aus Polen, Frau Gutspächter v. Rozanska aus Trzemeszno, Partikulier Haltermann aus Königsberg und Kaufmann Eilenthal aus Berlin.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittergutsbesitzer Köpke aus Pellaun, Desonon Gruner aus Dsnabrück, die Kaufleute Stieh und Dotti aus Berlin, Gurfenheimer aus Mainz und Guttentag aus Breslau.
BAZAR. Die Gutspächter Graf Mielzinski aus Kotowo, v. Zychlinski aus Kiazno, v. Sczaniecki aus Lajeczyn, v. Chlapowski aus Brodnica, v. Zeroski aus Brzoza, v. Laci aus Poldawo, v. Chlapowski aus Godyry, v. Garczynski und Frau Gutspächter v. Lutoszanska aus Polen, Literat Feldmanowski aus Groß-Teziory und Arzt Lutzowski aus Wiloslaw.
HOTEL DE PARIS. Kaufmann Wyszomirski aus Gollanz, die Gutspächter v. Dulicz aus Golin, v. Baranowski aus Gwiazdowo und v. Wegierski aus Borzejewo.
HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Schulz aus Berlin, die Gutspächter Böning aus Radom und Zasiński aus Zera, Frau Gutspächter Lehmann aus Garby, Frau Apotheker Kiemer aus Mar. Goslin, Wikar Rybacki aus Podlesie, Rentant Weichmann aus Pembo und Gutspächter Mathes aus Krucz.
EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Auerbach aus Jarocin, Glatz aus Gräg, Eghner und Ehrlich aus Neustadt a. W.
ZUM LAMM. Geschäfts-Reisender Preuß aus Sommerfeld und Handelsmann Schmidt aus Pommern.
PRIVAT-LOGIS. Appell. Ger. Referendar Mansfeld aus Bromberg, Berlinerstraße Nr. 15c.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen Publikums haben wir die Einrichtung getroffen, daß unsere Zeitung gegen ein Bringelohn von vierteljährlich 5 Sgr. sofort nach dem Erscheinen einem jeden Besteller pünktlich in's Haus gebracht wird. Wir ersuchen diejenigen unserer geehrten Abonnenten, welche von dieser Einrichtung Gebrauch machen wollen, entweder mündlich oder in unfrankirten Briefen die Bestellung an uns gelangen zu lassen.

Die Expedition der Posener Zeitung.

Auf den dem Rittergutsbesitzer Theodor Martini gehörigen, im Kreise Obornitz gelegenen Rittergütern Lutowo und Zernitz stehen aus der Kaufgeldverlehnungsverhandlung vom 1/2 Juli 1859 auf Lutowo Rabr. III. Nr. 55 ad Litt. J. 1. 16,929 Thlr. 17 Sgr. 10 Pf. nebst Zinsen für den Besitzer und Litt. J. 2. 13,166 Thlr. 3 Sgr. 10 Pf. nebst Zinsen für die Streitmasse Theodor Martini wider Dr. Hirschfeld und auf Zernitz Rabr. III. Nr. 34 ad Litt. H. 1. 6537 Thlr. 2 Sgr. 2 Pf. für den Besitzer und Litt. H. 2. 5083 Thlr. 20 Sgr. 2 Pf. für die Streitmasse Theodor Martini wider Dr. Hirschfeld eingetragen. Hierauf sind die Streitmassen durch Erkenntniß vom 25. Oktober 1859 deklariert am 7. Aug. 1860 dem Theodor Martini zugesprochen.

und durch Verfügung vom 24. Oktober 1860 auf seinen Namen umgeschrieben worden. Die über diese Posten gebildeten Zweigdokumente sind verloren gegangen. Alle diejenigen, welche an die genannten Posten und das darüber ausgestellte Instrument, als Eigentümer, Cessionaren, Pfand- oder sonstige Briefinhaber Anspruch zu machen haben, haben sich spätestens mit denselben bis in dem Termine den 2. Juni früh 11 1/2 Uhr bei dem unterzeichneten Gerichte zu melden, widrigenfalls sie mit ihren Ansprüchen werden präkludirt und das Instrument ihnen gegenüber für amotifirt erachtet werden wird. Mogasen, den 30. Januar 1862. Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf. Königl. Kreisgericht in Osnabrück, den 20. September 1861. Das dem Theophil v. Stof für 90,001 Thlr. abjudicirte Rittergut Malezewo nebst den dazu gehörigen Nebengütern, im Jahre 1860 landförmlich abgekauft auf 96,294 Thlr. 9 Sgr. 8 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen, in der Registratur einzusehenden Tage, soll am 28. April 1862 Vormittags an ordentlicher Gerichtsstelle reijubastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Substitutionsgericht anzumelden. (Beilage.)